

**Antje Heider-Rottwilm, Hannover/Hamburg,
„Auf dem Weg zum Frieden?“ – Die Zukunft Europas und der Beitrag der Kirchen**

Herzlichen Dank für die Einladung – und herzlichen Glückwunsch an Pax Christi zum Geburtstag. Wir sind ja ungefähr die gleiche Generation – Nachkriegskinder, zunächst unbewusst, dann bewusst geprägt durch die menschenverachtenden und zerstörerischen Ereignisse in der ersten Hälfte des 20.Jahrhunderts, zunächst im Protest und dann in der Mitverantwortung für die Gestaltung einer gerechten, solidarischen Zukunft. Wie für viele andere – und nicht nur evangelische Christinnen und Christen meiner Generation war es die Begegnung mit dem Leben und den Zeugnissen Dietrich Bonhoeffers, die und Mut machten und Verpflichtung wurden.

Als in den letzten elf Jahren für die Europaarbeit der EKD Verantwortliche habe ich vor einiger Zeit mit neuem Interesse gelesen, dass Bonhoeffer und sein ökumenischer Kollege Dr. Schönenfeld aus Genf bei einer konspirativen Begegnung mit Bischof Bell in Stockholm und Sigtuna während des Krieges ihre Perspektiven für ein Europa nach dem Krieg besprachen - und was Bell danach Churchill vortrug. Dazu gehörten als politische Ziele:

1. ein weitgehend dezentralisiertes Deutschland, regiert nach den Geboten von "Gesetz und Gerechtigkeit"
2. ein wirtschaftlicher Wiederaufbau nach "wahrhaft sozialistischen Grundsätzen"
3. die enge Zusammenarbeit zwischen den freien Völkern, deren wechselseitige Abhängigkeit "die stärkstmögliche Gewähr gegen den Rückfall in einen reaktionären europäischen Militarismus" biete
4. eine europäische Föderation freier Staaten, einschließlich einer freien polnischen und tschechischen Nation und
5. eine "Europäische Armee für die dauernde Aufrechterhaltung europäischer Sicherheit"

Diese wie auch andere Versuche hatten damals keinen Erfolg bei den politisch Verantwortlichen. Sie bereiteten aber den Boden für das versöhnende Aufeinander-Zugehen der Kirchen und ihre Impulse für Versöhnung in Europa nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges.

I. Zur Ausgangssituation

1. Die Zusammenarbeit der Kirchen – ein Friedensprojekt

Die katholischen, protestantischen, anglikanischen und orthodoxen Kirchen Europas haben sich 2001 in der Charta Oecumenica verpflichtet, in der Nachfolge Jesu Christi für Versöhnung und Frieden einzutreten (s. Charta Oecumenica III.8). Später heißt es: *'Wir engagieren uns für eine Friedensordnung auf der Grundlage gewaltfreier Konfliktlösungen.'*

Dies geschieht ja vor allem Anderen seit Jahrzehnten durch eine Vielzahl von Begegnungen, Friedens- und Versöhnungsinitiativen, Netzwerken, Projekten auf der Ebene von Gemeinden, Gruppen, Landeskirchen, Diözesen, Werken, Verbänden, Gruppen. Immer wieder müssen wir uns daraufhin befragen (lassen), was wir als Christinnen und Christen zum Abbau von Feindbildern, zum Aufbau von Vertrauen, zur Versöhnung, zu nachhaltiger Entwicklung beitragen – aber auch, wie wir die friedenspolitischen Entwicklungen auf europäischer Ebene mitgestalten.

Ein Instrument ist *Konferenz Europäischer Kirchen (KEK)*. In ihr sind 127 anglikanische, reformatorische, orthodoxe und altkatholische Kirchen aus allen europäischen Ländern zusammengeschlossen. Wesentliche Funktion der KEK mit Sitz in Genf und Büros in Straßburg und Brüssel ist der theologische Dialog und die Zusammenarbeit der nicht-katholischen Kirchen aus allen europäischen Ländern. Dass sie 1959, vor fast 50 Jahren im dänischen Nyköbing gegründet wurde, war Zeichen der Versöhnung der europäischen Kirchen in Nord und Süd, Ost und West nach dem Desaster des Holocaust, des 2. Weltkrieges, der Vernichtungsfeldzüge der deutschen Wehrmacht und damit auch des Versagens der deutschen evangelischen Kirche. Die KEK arbeitet mit dem römisch-katholischen Rat der Europäischen Bischofskonferenzen (CCEE) zusammen. Wichtige Daten dieser Kooperation sind die großen Ökumenischen Versammlungen in Basel (1989), Graz (1997) und Sibiu (2007) – und natürlich die Arbeiten, die zur Unterzeichnung der *Charta Oecumenica* auf europäischer Ebene 2001 in Strassburg führten.

Als Kirchen in der Nachfolge Jesu Christi geht es uns um Versöhnung. Das heißt heute auch das Engagement für die, die Opfer der europäischen Einigungsprozesse sind und dass alle Entwicklungen in Europa daraufhin befragt werden müssen, was sie bedeuten für die Schwächsten

- in den EU-Ländern wie

- in den Ländern, die zunächst oder gar auf Dauer außen vor bleiben sollen. Und natürlich muss auch im Blick bleiben, welche Folgen die Entscheidungen auf EU-Ebene für das Engagement und die Rolle der Kirchen haben werden.

Als Kirchen müssen wir gemeinsam beitragen zur Bewusstseinsbildung, zu bürgernahen Entscheidungsprozessen, zur Einhaltung der Menschenrechte, zum Entstehen demokratischer Gesellschaften.

In vielen Ländern - Beitrittsländern und erst recht Nicht-Beitrittsländern - sind diese Themen jedoch nicht Teil des Selbstverständnisses der Kirchen - und es wird in dieser Hinsicht auch z.T. noch immer wenig von ihnen erwartet. Andererseits sind sie eine der Institutionen, die gesellschaftliches Bewusstsein prägen und diese Aufgabe bewusst gestalten müssen, wollen sie sich nicht instrumentalisieren lassen.

In der Kommission für Kirche und Gesellschaft (CSC) der KEK wie im Rat der römisch-katholischen Europäischen Bischofskonferenzen in der EU (COMECE) und ihren Arbeitsgruppen sind Vertreter/innen aus europäischen Kirchen, um zu folgenden Themen zu arbeiten:

- Europ. Sicherheits- und Verteidigungspolitik,
- Nord-Süd-Beziehungen,
- Beziehungen zwischen wirtschaftlichen, ökologischen und sozialen Fragen,
- Landwirtschaft und ländliches Leben (besonders brisant angesichts der absehbaren Umstellung des EU-Agrarhaushaltes)
- Menschenrechte und Religionsfreiheit,
- Gesetzgebung der EU,
- Bioethik.
- Das Problem der Gewalt gegen Frauen, insbesondere des Menschenhandels
- die Umweltproblematik

Ich halte die inner- und zwischenkirchliche Arbeit an diesen Themen selbst für einen zentralen Beitrag zur Versöhnung in Europa. Als bisherige Moderatorin der CSC, zusammen mit einem russisch-orthodoxen Priester habe ich erlebt, welche Herausforderung darin liegt, sich auf Formulierungen für ein gemeinsames

Verständnis der Menschenrechte oder der Beiträge zur bioethischen Debatte zu verständigen.

Aber wenn wir als Kirchen nicht in der Lage sind, unsere Zugänge dazu theologisch zu reflektieren, zu argumentieren, uns ineinander hinein zu versetzen, den kulturellen Kontext der anderen zu verstehen und uns auf Augenhöhe aufeinander zu beziehen, dann verspielen wir unser Potential für das kulturelle Zusammenwachsen Europas. Dabei geht es nicht in jedem Fall um Homogenität, aber um einen Umgang mit der Vielfalt, der deutlich macht, dass wir auf dem selben Grund stehen und dass dieser Grund sich ausbuchstabiert bis in aktuelle konkrete europäische Themen hinein.

2. Herausforderungen, die sich aus dem europäischen Integrationsprozess ergeben

Die religiösen Prägungen der neuen Mitgliedsländer sind unterschiedlich - und sie unterscheiden sich zum Teil von denen der westeuropäischen Mitgliedsstaaten der EU. Vor allem in den baltischen Ländern, aber auch in der Tschechischen Republik ist ein Großteil der Bevölkerung ohne religiöse Prägung oder bezeichnet sich selbst als atheistisch. Viele Kirchen in Mittel- und Osteuropa nehmen eine sehr ambivalente Haltung gegenüber der neueren gesellschaftlichen Entwicklung ein. Auf der einen Seite hat die Entwicklung, die Ende der 80er, Anfang der 90er eingeleitet worden ist, zu Befreiung von Unterdrückung, zu einem Ende der Bevormundung, des Druckes und des Versuches, Religion aus der Gesellschaft zu eliminieren, geführt.

Andererseits haben sie das Empfinden, jetzt auf einmal einer anderen Form von Atheismus ausgesetzt zu sein; einer westlichen Gesellschaft, die geprägt ist durch Kommerzialisierung ; einer Gesellschaft, in der religiöse Werte im Alltag keine Rolle spielen; einer Gesellschaft, die arm und reich gnadenlos gegeneinander ausspielt. Jahrzehntelang hat man sich dagegen wehren müssen, dass die kommunistische Diktatur die Kirche zerstören wollte. Nun meint man sich dagegen wehren zu müssen, dass ein westlicher Atheismus die Gesellschaft zersetzt. Die Identität der Kirchen wird deshalb häufig in der Abgrenzung von gesellschaftlichen Prozessen beschrieben, in der Abgrenzung von dem, was sich sozusagen als moderner Kapitalismus entwickelt.

Und nicht zuletzt:

Viele Christinnen und Christen Osteuropas aller Konfessionen empfinden in ethischen Fragen eine große Distanz zu ihren Brüdern und Schwestern in den westlich geprägten Ländern. In Fragen wie der nach der Akzeptanz von Homosexualität in der Kirche und in der Gesellschaft, nach der Rolle der Frauen in der Kirche und in der Gesellschaft, nach der Straffreiheit bei Abtreibungen, nach dem Umgang mit HIV/AIDS infizierten Menschen haben sie das Empfinden, einem libertinären Säkularismus gegenüber zu stehen und nicht frommen Mitchristinnen und -christen.

II. Die aktuelle Situation - die EU und die Kirchen

1. Der Vertrag von Lissabon

Fast zeitgleich mit dem Prozess zur Entstehung der Charta Oecumenica hat der von der Europäischen Union berufene Konvent an der Grundrechte-Charta der EU gearbeitet.

Unumstritten ist bei beiden Dokumenten, der Charta Oecumenica und der Charta der Grundrechte, dass „gemeinsame Werte“ eine grundlegende Bedeutung für den europäischen Einigungsprozess haben.

Der Vertrag von Lissabon enthält ja nun den sog. „Kirchenartikel“ als Artikel 17. Die ersten beiden Absätze dieses Artikels lauten:

(1) *Die Union achtet den Status, den Kirchen und religiöse Vereinigungen und Gemeinschaften in den Mitgliedsstaaten nach deren Rechtsvorschriften genießen, und lässt ihn unangetastet.*

(2) *Die Union achtet den Status von weltanschaulichen Gemeinschaften in gleicher Weise.*

Diese Absätze gewährleisten, dass durch europäisches Gesetz nicht in die nationale Gestaltung des Verhältnisses Staat – Kirche eingegriffen wird, solange die individuelle und kollektive Religionsfreiheit aller Menschen in einem Mitgliedsstaat respektiert wird.

Artikel 17 hat noch einen dritten Absatz:

(3) *Die Union pflegt in Anerkennung der Identität und des besonderen Beitrags dieser Kirchen und Gemeinschaften einen offenen, transparenten und regelmäßigen Dialog mit ihnen.*

Absatz 3 trägt dem Rechnung, dass die Europäische Union eine breitestmögliche Partizipation der Bürgerinnen und Bürger anstrebt. Kirchen und Religionsgemeinschaften bringen ihre besonderen Erfahrungen aus ihrem Wirken auf lokaler, regionaler, nationaler und internationaler Ebene ein, die so unterschiedliche Felder wie Sozialpolitik, Migration, Entwicklungspolitik, Erziehung und Seelsorge betreffen. Absatz 3 erkennt die besondere Identität von Kirchen und Religionsgemeinschaften und ihre besonderen Beiträge, also ihr öffentliches Wirken, an.

Bisher gab es diesen Dialog zwischen der EU-Kommission auf der einen und KEK und COMECE auf der anderen Seite häufig, intensiv, aber unverbindlich; als halbjährliche Konferenzen zu Themen der jeweiligen Ratspräsidentschaft, als Besprechungen auf Arbeitsebene und Begegnungen mit der jeweils neuen Ratspräsidentschaft.

2. Die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik

Die Europäische Union (EU) hat die Aufgabe, zur Wahrung, Förderung und Erneuerung des Friedens beizutragen. Im Lissabon-Vertrag, in dem die Ziele der EU nun dargelegt werden, wird an erster und oberster Stelle der Frieden genannt. Es wird weiter ausgeführt, dass die EU einen Beitrag zu Sicherheit, globaler nachhaltiger Entwicklung, Solidarität und gegenseitiger Achtung unter den Völkern leisten wolle, indem sie auf strikter Einhaltung und Weiterentwicklung des Völkerrechts besteht. Insbesondere verpflichtet sie sich zur Wahrung der Grundsätze der Charta der Vereinten Nationen. Damit wird implizit der Vorrang von ziviler Konfliktlösung vor militärischen Maßnahmen (UN-Charta Kap. 7) und die Notwendigkeit der Mandatierung für militärische Missionen anerkannt.

Seit den Gipfeln von Köln und Helsinki 1999 existiert die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP). Sie umfasst zivile sowie militärische Organe inklusive Kapazitäten des Krisenmanagements, die voneinander getrennt sind. Seit 1999 sind bereits 17 ESVP Missionen (Polizei und Militär) angelaufen, 10 davon sind noch nicht beendet. 13 waren bzw. sind ausschließlich ziviler Natur.

In Übereinstimmung mit den o.g. Zielen der EU ist in einem verfassungähnlichen Rechtstext erstmals in Europa zivile Konfliktlösung als Handlungsalternative in Konfliktsituationen benannt.

Wir haben als Kirchen immer wieder darauf hingewiesen, dass die Nennung der bereits längst aufgebauten und seit Jahren arbeitenden Verteidigungsagentur im Reformvertrag (Art. II.42) eine politische Schieflage bedeutet (auch wenn die Bündelung der militärischen Kapazitäten in Europa durchaus Sinn macht!), da dort als Gegengewicht keine operativen Details zum Aufbau von zivilen und konfliktpräventiven Kapazitäten angesprochen werden.

Die Europäische Kommission spielte in der Sicherheitspolitik der EU bislang nur eine marginale Rolle. Im Rahmen der Neuen Finanziellen Vorräuschau der EU 2007-2013 ist die gemeinschaftliche Außenpolitik nun mit der Verabschiedung von neuen Außenpolitikinstrumenten auf eine neue Grundlage gestellt worden. Darunter ist das "Stabilitätsinstrument", welches zivile sicherheitspolitische Maßnahmen der Kommission ab 2007 unterhalb der Schwelle militärischer Einsätze im Bereich Mediation, Kampf gegen Kleinwaffen und Minen, Friedenskonferenzen und Reintegration von Kindersoldaten und ehemaligen Kämpfern finanzieren soll. Teil des Stabilitätsinstruments ist erstmals ein Peace Building Partnership zwischen der Kommission und zivilgesellschaftlichen Akteuren der Friedensarbeit. Die Peacebuilding Partnership ist eine Maßnahme des Stabilitätsinstrumentes, die gerade NGOs - auch finanziell - anspricht und die bessere Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft fördern will.¹

Eines der Hauptanliegen der Peacebuilding Partnership ist die Einbeziehung der Zivilbevölkerung in Fragen der Krisenvor- und -nachsorge sowie der Achtung der Menschenrechte.

Nun kommt es darauf an, die Chancen zu nutzen, was wir seit Jahren eingefordert haben: den Aufbau wirksamer nichtmilitärischer Mittel der Konfliktbearbeitung unter Beteiligung des know how der Kirchen.

Die Synode der EKD hat 2006 zu diesem Engagement gesagt:

.....Dazu wollen die Kirchen ihre eigenen Erfahrungen mit Versöhnung und Heilung von Erinnerungen (healing of memories) in verschiedenen Regionen Europas vernetzen, als politisches Potential einbringen und beharrlich forsetzen.

Sie wollen von Friedenskirchen und Kommunitäten, christlichen Netzwerken und Trägerorganisationen ziviler Friedensdienste, die über lange Zeit das christliche Friedenszeugnis konsequent leben, die Friedensdienste entwickelt haben und Experten in gewaltfreier Konfliktlösung sind, lernen und mit ihnen intensiv zusammen arbeiten.

Sie haben sich ebenfalls verabredet, die ökumenische Reflexion darüber, welches Verständnis von menschlicher Sicherheit und Verletzbarkeit aus dem Glauben an Jesus Christus erwächst, zu vertiefen und in die öffentliche Debatte einzubringen - auch und gerade angesichts der Erfahrungen mit Terror und den Ängsten davor. Ebenso wurde deutlich, dass in einer Zeit, in der Religion immer wieder als Konfliktursache wahrgenommen wird, die Kirchen ihre Erfahrungen und

¹ http://ec.europa.eu/external_relations/news/pbp.htm

<https://webgate.ec.europa.eu/tariqa/PeaceBuilding/conference.html>

<http://www.nonviolentpeaceforce.org/>

Kompetenzen im Bereich Konfliktvorbeugung und Mediation über religiöse, kulturelle und ethnische Grenzen hinweg einbringen und ausbauen müssen.

Zum Abschluss der ökumenischen Versammlung in Wittenberg auf dem Weg nach Sibiu wurde die Phase der weltweiten Dekade zur Überwindung von Gewalt eröffnet, in der Europa und die Verantwortung Europas für die Überwindung von Gewalt im eigenen Kontext wie in anderen Regionen der Erde im Zentrum steht. So greifen die ökumenischen und politischen, die europäischen und die weltweiten Entwicklungen ineinander, sind nicht voneinander zu isolieren und fordern uns als Kirchen heraus.

Die Dritte Europäische Ökumenische Versammlung in Sibiu/ sagt in ihrer Schlussbotschaft:

,Das Wort Gottes fordert uns auf, nicht das wertvolle Erbe jener zu verschwenden, die sich in den vergangenen sechzig Jahren für Frieden und Einheit in Europa eingesetzt haben. Der Friede ist ein grossartiges und wertvolles Geschenk. Ganze Länder sehnen sich nach Frieden, ganze Völker warten darauf, von Gewalt und Terror befreit zu werden. Nachdrücklich verpflichten wir uns zu erneuerten Bemühungen auf dieses Ziel zu. Wir lehnen Krieg als Instrument zur Konfliktlösung ab, fördern gewaltfreie Mittel zur Schlichtung von Konflikten und sind besorgt angesichts der militärischen Wiederaufrüstung. Gewalt und Terrorismus im Namen der Religion widersprechen der Religion.

Dies als Ausschnitt aus den europäischen Diskussionen, wie sie in Europa, immer wieder herausgefordert durch die Gruppen im Konziliaren Prozess und insbesondere Netzwerke wie Church and Peace, Pax Christi und andere ökumenische Netze, geführt werden.

Zum Abschluss: Die Dynamik, mit der Europa sich entwickelt, ist ungeheuer. Und die Kirchen haben darin zentrale Aufgaben. Ich nenne nur Folgende:
den weiterführenden vertieften theologischen Dialog zwischen Ost- und West-, Nord- und Südeuropa,
die Weiterentwicklung einer ökumenischen Spiritualität,
alle Schritte, die zur Vertrauensbildung beitragen,
die Stärkung der Zusammenarbeit der Kirchen auf europäischer und weltweiter Ebene,
die kompetente Einmischung in die politischen Debatten auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene,
die Wahrnehmung jeder Chance zu konkretem solidarischem Handeln.

Antje Heider-Rottwilm

Brücke – Ökumenisches Forum HafenCity Laurentiuskonvent
Pastorin Antje Heider-Rottwilm
Dr. Martin Heider
Telefon 040 - 36091756
Am Kaiserkai 4
20 457 Hamburg
HafenCity@Laurentiuskonvent.de
www.Laurentiuskonvent.de